

Bildung macht stark.

Eckpunkte für ein sozial gerechtes
und leistungsfähiges Bildungssystem



Kraft der
Erneuerung



Forum Bildung

Vorwort

Ob Beruf, private Lebensgestaltung oder Einsatz für unser Gemeinwesen - gute Bildung ist eine wichtige Voraussetzung für selbst bestimmtes und selbstbewusstes Handeln. Viel hängt für die Zukunft unseres Landes davon ab, ob es gelingt, unser Bildungssystem sozial gerecht und leistungsfähig zu gestalten. Wie stark sich unsere Wirtschaft entwickelt und wie viele Menschen Beschäftigung finden, entscheidet sich nicht zuletzt in der Bildung.

Die Bildungspolitik ist deshalb wieder ins Zentrum unseres politischen Handelns gerückt. Sie ist ein tragender Pfeiler des vorsorgenden Sozialstaats, der die Menschen dazu befähigt, ein selbst bestimmtes Leben zu führen und an Wohlstand und Aufstieg teilzuhaben.

Wir wollen allen Menschen – egal welcher sozialen Herkunft – einen gleichberechtigten Zugang zu Wissen und Bildung eröffnen. Das fängt bei der frühkindlichen Bildung an und setzt sich in Schule, Ausbildung und Studium fort und reicht bis hin zur Weiterbildung.

Diesem Anspruch wird das deutsche Bildungssystem derzeit nicht gerecht. Internationale Vergleichsstudien haben erhebliche Defizite bei Chancengleichheit und Bildungsniveau offen gelegt.

Im Rahmen der SPD-Programmdebatte hat das Forum Bildung der SPD gemeinsame Positionen dazu entwickelt, wie die Zukunft unseres Bildungssystems gestaltet werden kann. Dabei haben Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Verbänden, Gewerkschaften und Politik die Bildung vom Kindergarten bis ins Alter in den Blick genommen. Die „Eckpunkte für ein sozial gerechtes und leistungsfähiges Bildungssystem“ sollen eine Grundlage bieten für die weiteren bildungspolitischen Debatten, die Ende dieses Jahres dann in das neue SPD-Grundsatzprogramm münden. Wir laden alle Interessierten herzlich dazu ein, sich aktiv an dieser Diskussion zu beteiligen.



**CHRISTOPH
MATSCHIE**

Mitglied des
SPD-Präsidiums

Dieser Text ist eine Kurzfassung der „Eckpunkte für ein sozial gerechtes und leistungsfähiges Bildungssystem“. Die Originalfassung des Eckpunkte-Papiers kann abgerufen werden unter: http://www.spd.de/show/1697349/201106_eckpunkte_forum_bildung.pdf

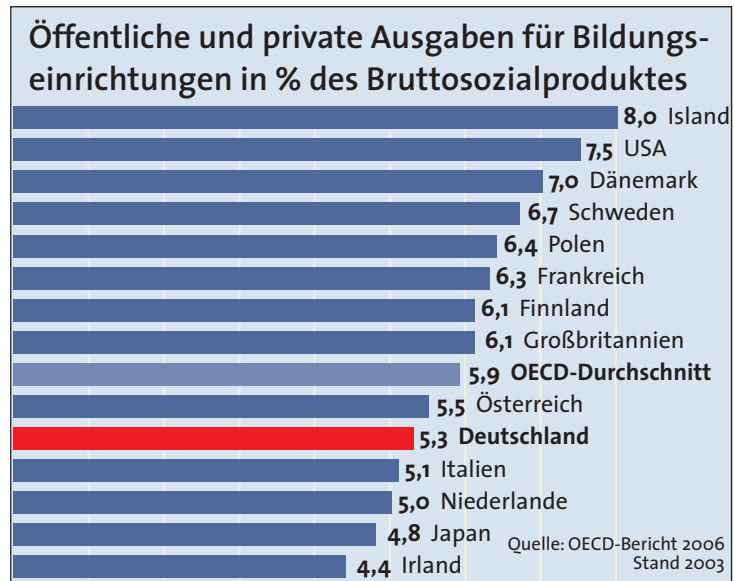
Fotos Titelseite: www.jespersen.de; Claudia Rehm/Westend61; argum / Falk Heller;
Achim Krug / VISUM

Herausgeber: SPD-Parteivorstand, 10911 Berlin
Artikelnummer: 3000505

Februar 2007

In der globalen Wissensgesellschaft sind optimale Bildungschancen heute eine entscheidende Voraussetzung, um Menschen gleiche Chancen in der Gesellschaft zu ermöglichen. Sowohl die Entwicklungsmöglichkeiten jedes Einzelnen als auch die ökonomischen Perspektiven Deutschlands hängen entscheidend von der Qualität des deutschen Bildungssystems ab. Gleichzeitig ist Bildung heute eine zentrale Voraussetzung zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Bildung wird zum Schlüsselthema des 21. Jahrhunderts.

Das deutsche Bildungssystem zeigt deutliche Defizite. Es verstärkt die Tendenz zu sozialer Spaltung. Zu viele Menschen können ihre Begabungen und Möglichkeiten in unserem Bildungssystem nicht ausschöpfen. Ein sozial gerechtes und leistungsfähiges Bildungssystem als zentrales Element des Vorsorgenden Sozialstaates muss umfassende Bildung für alle sicherstellen. Dies verlangt Bildung, die mit fundiertem Wissen auf die anspruchsvolle Arbeitswelt genauso vorbereitet, wie sie Werte und soziale Kompetenzen vermittelt.



Mehr investieren

Bildung braucht den Staat. Bildung ist eine öffentliche Aufgabe und muss ohne soziale Barrieren für alle gleichermaßen zugänglich sein. Das verlangt ein größeres Engagement als bisher.

- Die öffentlichen Bildungsausgaben müssen deutlich erhöht werden.
- Bildungsausgaben müssen als Zukunftsinvestitionen anerkannt werden. Der Investitionsbegriff darf sich zukünftig nicht mehr nur auf Sachinvestitionen beziehen, sondern muss Bildung, Wissenschaft und Forschung mit einschließen.

Deshalb muss an dem Ziel festgehalten werden, den Anteil der öffentlichen und privaten Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) für Forschung und Entwicklung auf drei Prozent zu erhöhen und sieben Prozent für Bildung anzustreben.

Frühkindliche Bildung

Der Grundstein für eine erfolgreiche Bildungsbiografie wird in den ersten Lebensjahren gelegt. Herkunftsbedingte Benachteiligungen können hier frühzeitig ausgeglichen werden. Die frühkindliche Bildung ist deshalb von besonderer Bedeutung. Wer mehr Chancengleichheit im Bildungssystem erreichen will, muss bei der Weiterentwicklung der Kindertagesstätten ansetzen. Ihr Bildungsauftrag muss gestärkt werden.

- Die Jahre vor der Einschulung müssen für eine intensive Sprachförderung genutzt werden. Möglichst früh vor der Einschulung ist der Sprachstand zu überprüfen. Entsprechende Förderangebote müssen flächendeckend und bedarfsgerecht ausgebaut werden.
- Kinder müssen schon in der Kita individuell gefördert werden. Dazu gehört auch, die Fortschritte der Kinder in individuellen Entwicklungsstandsberichten zu dokumentieren und regelmäßig mit den Eltern zu besprechen.

„Jede Form der Ausgrenzung durch mangelnde Bildungschancen müssen wir überwinden. Von der frühkindlichen Bildung bis zum ersten beruflichen Abschluss müssen wir Eltern und Kindern den Weg frei machen und finanzielle Hürden beseitigen. Jeder Mensch hat das Recht auf eine gebührenfreie Ausbildung vom Kindergarten bis einschließlich des Studiums.“

Bremer Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der SPD

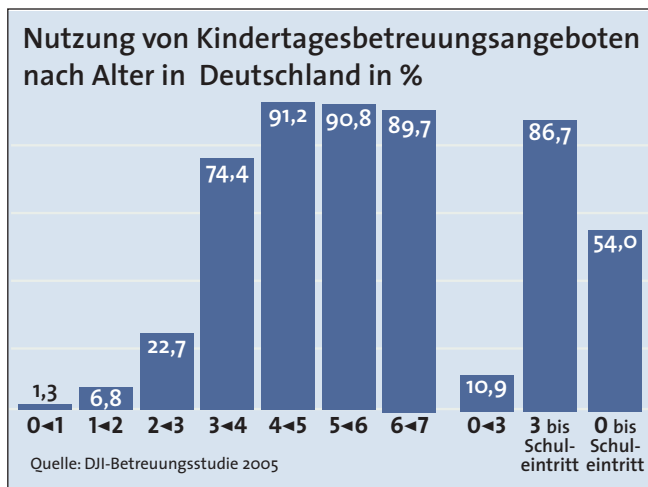
„Für uns sind Kindertagesstätten ein unverzichtbares Glied der Bildungskette. [...] Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben erfolgreich die Abschaffung des Schulgeldes erkämpft. Jetzt fordern wir die gebührenfreie Ganztagsbetreuung für alle Kinder von Anfang an. Ab dem zweiten Lebensjahr soll es einen Rechtsanspruch auf Betreuung geben.“

Bremer Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der SPD

- Bildungspläne mit klar definierten Bildungszielen sind unverzichtbare Voraussetzung für die Entwicklung eines verlässlichen Systems zur Qualitätssicherung.

Neben dem qualitativen Ausbau ist der quantitative Ausbau nach wie vor von großer Bedeutung. Insbesondere beim Angebot für Kinder unter drei Jahren besteht in vielen westdeutschen Bundesländern großer Nachholbedarf.

- Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz muss schrittweise auch für Kinder unter 3 Jahren realisiert werden.
- Alle Kinder sollen vor der Einschulung einen Kindergarten besuchen. Deshalb ist die Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr ein wichtiger erster Schritt. Angestrebt wird die schrittweise Einführung der Beitragsfreiheit für den gesamten Kindergarten.
- Die Aus- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern muss verstärkt die neuen Anforderungen aufgreifen. Ein deutlicher Ausbau der berufsbegleitenden Weiterbildungsmöglichkeiten ist ebenso notwendig wie die Einführung eines Bachelor-Studienganges vor allem für Erzieherinnen und Erzieher in Leitungsfunktionen.



Schule

Internationale Vergleichsstudien haben offen gelegt, dass in Deutschland ein enger Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft der Eltern und dem Bildungserfolg der Kinder besteht. Wir wollen aber, dass alle Kinder – egal aus welcher sozialen Schicht – gute Bildungschancen haben.

- Die Schulen der Zukunft müssen deshalb die Kinder besser individuell fördern. Sie müssen dafür sorgen, dass alle Begabungen auch zur Entfaltung kommen können und Lernerfolg weniger vom sozialen Status abhängt.
- Wir sind überzeugt, dass ein hohes Maß an Selbstständigkeit und Eigenverantwortung der einzelnen Schule ein geeigneter Weg ist, um Motivation und Freiräume für eine erfolgreichere Schule zu stärken.
- Ganztagschulen bieten einen besseren organisatorischen und zeitlichen Rahmen für die individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler. Wir brauchen deshalb ein bedarfsgerechtes Ganztagesangebot überall in Deutschland.
- Die frühe Verteilung der Kinder auf die unterschiedlichen Schulzweige verstärkt die Probleme des engen Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg in Deutschland. Wir wollen deshalb, dass Kinder in Zukunft länger gemeinsam lernen.
- Die Lehrerbildung muss sich stärker als bisher auf die pädagogischen Kompetenzen von Lehrerinnen und Lehrern konzentrieren. Praktische Erfahrungen mit Schule und Schülern sollten zu einem frühen Zeitpunkt ins Studium integriert werden.

Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“: Geförderte Ganztagschulen

2003 -2005

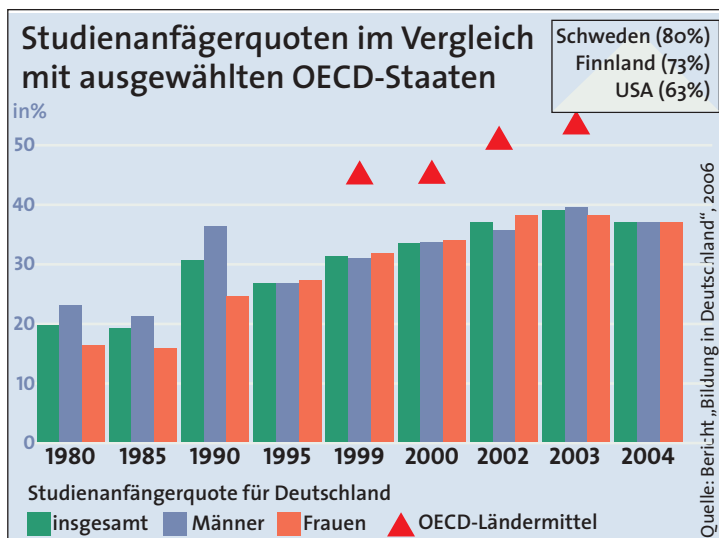
Baden-Württemberg.....	525
Bayern.....	704
Berlin	340
Brandenburg.....	221
Bremen.....	33
Hamburg.....	120
Hessen	344
Mecklenburg-Vorpommern.....	147
Niedersachsen	242
Nordrhein-Westfalen	1981
Rheinland-Pfalz	362
Saarland	241
Sachsen.....	109
Sachsen-Anhalt.....	61
Schleswig-Holstein.....	183
Thüringen	142
Gesamt.....	5755

Quelle: Sozialpädagogisches Institut NRW, Partner machen Schule, 2006

Hochschule

Ziel von Wissenschaftspolitik muss es sein, möglichst vielen jungen Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten ein qualitativ hochwertiges Studium zu ermöglichen. Die deutschen Hochschulen müssen so gestärkt werden, dass sie im internationalen Wettbewerb ganz vorn mitspielen können.

- Deutschland braucht mehr Studierende. Die Studienplatzkapazität muss weiter ausgebaut werden. Es bedarf dringend gemeinsamer Anstrengungen von Bund und Ländern, um ausreichende Lehrkapazitäten an den Hochschulen bereit zu stellen.
- Die Aufnahme eines Studiums darf nicht an der sozialen Herkunft scheitern. Deshalb muss das Erststudium gebührenfrei bleiben.
- Das BAföG in seiner jetzigen Form ist erfolgreich und muss als Instrument des sozialen Ausgleichs erhalten und weiterentwickelt werden. Neben dem BAföG müssen Stipendien und können sozial verträglich ausgestattete Darlehenssysteme weitere positive Anreize schaffen.



- Der Zugang zu Universitäten und Fachhochschulen soll offen gestaltet sein. Menschen mit besonderer beruflicher Qualifikation sollen mittelfristig die Möglichkeit bekommen, ein Studium ohne weitere Zugangshürden aufzunehmen.
- Die hohen Studienabbrecherquoten müssen gesenkt werden. Studierende brauchen eine bessere Orientierung in der Studieneingangsphase. In Zusammenarbeit mit den Hochschulen müssen Schulen vor dem Abitur Studienorientierung gewährleisten. Gleichzeitig müssen die Hochschulen ihre Beratungs- und Orientierungsleistungen vor Aufnahme des Studiums intensivieren.
- Bei der Finanzierung von Studienplätzen soll nach dem Vorbild des in der Schweiz erfolgreich praktizierten Systems ein Vorteilsausgleich eingeführt werden. Dessen Kerngedanke ist es, dass zwischen den Ländern Ausgleichszahlungen für landesfremde (d. h. aus anderen Bundesländern stammende) Studierende erfolgen.
- Nicht nur Natur- und Ingenieurwissenschaften, auch Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften geben unverzichtbare Impulse für die Innovationskraft und Kreativität unserer Gesellschaft. Ihnen ist eine verlässliche Perspektive zu eröffnen, auch im Hinblick auf den Ausbau entsprechender Studienkapazitäten.
- Die Modernisierung der Personalstrukturen muss vorangetrieben werden. Dazu gehören sowohl eine klare Perspektive für die Juniorprofessur als auch neue Ansätze, wie zum Beispiel ein Lecturer-Programm oder ein geregeltes Graduiertensystem mit einer vertretbaren Lehrverpflichtung. Bund und Länder müssen hier verantwortlich zusammen arbeiten. Forschungsergebnisse und die Resultate von Lehrevaluation müssen in eine leistungsbezogene Bezahlung der Professorinnen und Professoren einfließen.

„Gesellschaft und Wirtschaft brauchen immer mehr hoch qualifizierte Fachkräfte. Deshalb müssen weit mehr Menschen in Deutschland erfolgreich studieren. Wir wollen die Qualität von Lehre und Forschung in unseren Hochschulen verbessern und die Studienplätze ausbauen. Wir bekennen uns zur Verantwortung des Staates für die Hochschulen.“

Bremer Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der SPD

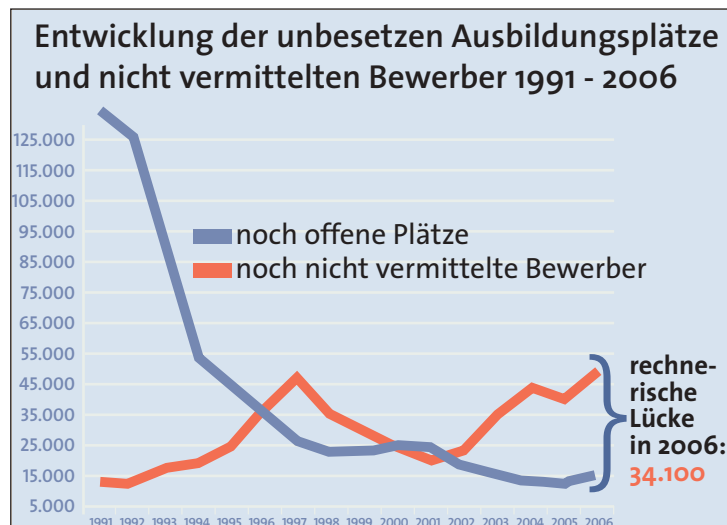
Berufliche Bildung

Das Duale System muss auch künftig eine zentrale Rolle im System der beruflichen Bildung spielen. Ein stärkeres Lernen in qualifizierenden und zugleich wertschöpfenden Arbeitsprozessen, eine bessere Koordination zwischen Betrieb und Schule, sowie die Durchlässigkeit von der beruflichen zur hochschulischen Bildung ist geboten.

- Es ist und bleibt Hauptverantwortung der Wirtschaft, für eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen zu sorgen. Um das betriebliche Ausbildungsplatzangebot zu steigern, können auch tarifliche Vereinbarungen herangezogen werden. Die Entwicklung von Branchenfonds zur Sicherung der Facharbeitsmärkte ist dringend geboten.
- Immer mehr Jugendliche absolvieren eine schulische Ausbildung, weil sie keinen betrieblichen Ausbildungsplatz finden. Es ist eine soziale Verpflichtung der Gesellschaft gegenüber den jungen Menschen, ihnen weitere Ausbildungsmöglichkeiten zu eröffnen. Die Möglichkeiten zur vollschulischen Berufsausbildung – Inhalt, Durchführung und Abschluss der betrieblichen Ausbildung gleichwertig – müssen ergänzt werden.

„Wir wollen, dass alle Jugendlichen die Möglichkeit erhalten, eine qualifizierte Ausbildung zu durchlaufen, die sie dazu befähigt, am Arbeitsleben teilzunehmen und ein selbst bestimmtes Leben zu führen. Das Duale System wollen wir weiterentwickeln.“

Bremer Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der SPD



- Qualifikationen aus einer schulischen oder dualen Ausbildung sollen, wo sinnvoll und möglich, auf ein Hochschulstudium angerechnet werden können.
- Jugendlichen mit schlechteren Startchancen ist durch ein gezieltes Übergangsmanagement von der Schule über die Berufsvorbereitung der Eintritt in die Berufsausbildung zu erleichtern. Zum Abbau von „Warteschleifen“ sollen die Möglichkeiten der Anrechnung erworbener Teilqualifikationen genutzt werden.
- Junge Erwachsene ohne Abschluss müssen durch ein Programm „Zweite Chance“ durch berufsbegleitende Qualifizierung einen Berufsabschluss nachholen können.
- Berufliche Bildung und Weiterbildung müssen enger verzahnt werden. Die Institutionalisierung von lebenslangem Lernen erfordert den Ausbau der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung zu einem System mit staatlichen Regelungen. Die beruflichen Schulen werden dabei zu regionalen Kompetenzzentren ausgebaut.

Weiterbildung

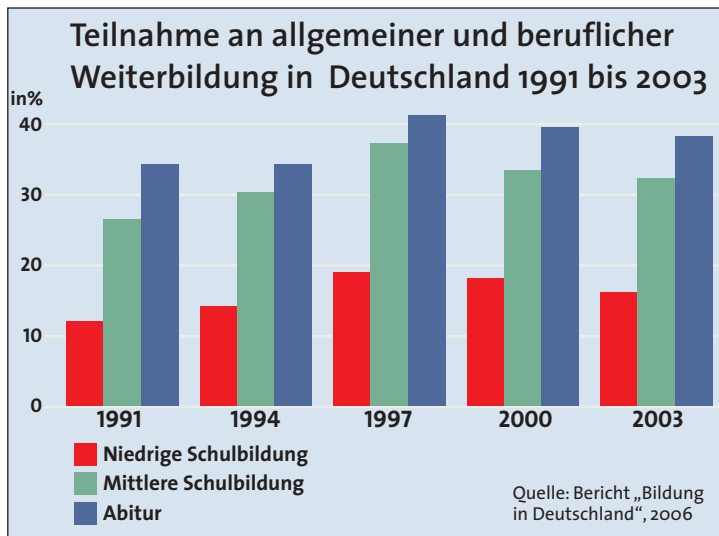
Weiterbildung ist ein entscheidender Abschnitt von „Bildung im Lebenslauf“. Wir brauchen Weiterbildung mit System.

- Die Bildungsbausteine auf den verschiedenen Bildungspfaden müssen für die Menschen zugänglich und vom Ziel her erreichbar sein. Zwischen Bund und Ländern abgestimmte gesetzliche Regelungen für die Weiterbildung sind ein gangbarer Weg, um die Weiterbildungslandschaft aktiv zu gestalten.
- Staatliche Aufgabe ist es, Bildungszeit und Bildungsguthaben abzusichern in Form von Freistellungs- und Rückkehransprüchen in den Unternehmen, staatlicher und betrieblicher Unterstützung bei Bildungs- und Lebenskosten, Lernzeitkonten und Bildungsguthaben, Qualitätskontrolle und Leistungszertifizierung.

„Wir wollen die lernende Gesellschaft, in der Menschen sich ein Leben lang weiterentwickeln können. Wir wollen die Weiterbildung zur vierten Säule im Bildungssystem ausbauen und den Aufstieg durch Bildung für alle möglich machen. Auch diese vierte Säule steht in der öffentlichen Verantwortung.“

Bremer Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der SPD

- Für Teilnehmende muss die Qualität der Weiterbildungsangebote stärker als bislang gewährleistet werden.
- Für ein funktionierendes Weiterbildungssystem sind bundesweit flächendeckend und trägerunabhängig örtliche Beratungsstellen einzurichten.
- Jedem Erwachsenen mit niedrigem Einkommen und Vermögen soll das Nachholen von Schul-, Hochschul- und Berufsbildungsabschlüssen möglich sein. Die Kosten der Maßnahmen und der Lebensunterhalt sollten dabei durch staatliche Zuschüssen und Darlehen unterstützt werden.
- Wir wollen die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss bis zum Jahr 2010 halbieren. Notwendig ist ein „Sofortprogramm Zweite Chance“, das die Schulen des Zweiten Bildungsweges sowie die kommunalen Volkshochschulen kurzfristig in die Lage versetzt, ihre Aufnahmekapazität für erwachsene Schulabbrecher dem Bedarf entsprechend auszubauen.



Das Forum Bildung

Vorsitzende



Doris Ahnen
(Stellv. SPD-Landesvorsitzende, Bildungsministerin, Rheinland-Pfalz)



Ulla Burchardt
(MdB, Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, Mitglied des SPD-Parteivorstandes)



Christoph Matschie
(SPD-Landesvorsitzender und Vorsitzender der SPD-Fraktion Thüringen, Mitglied des SPD-Präsidiums)

Mitglieder

Prof. Jutta Allmendinger (Direktorin des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, IAB), **Gabriele Andretta** (MdB, Sprecherin Wissenschaft und Kultur, Sachsen), **Prof. Dr. Martin Baethge** (Göttingen), **Christian Berg** (Vorstand Freier Zusammenschluss von StudentInnenschaften, fzs), **Klaus Böger** (Senator a.D., Berlin), **Prof. Dr. Gerhard Bosch** (Direktor Institut Arbeit und Qualifikation, Universität Duisburg-Essen), **Willi Brase** (MdB), **Reiner Braun** (MdL, Bildungspolitischer Sprecher, Saarland), **Tilo Braune** (Vorsitzender Arbeitsgemeinschaft für Bildung, AfB), **Wilfried Buss** (MdL, Schulpolitischer Sprecher, Hamburg), **Marianne Demmer** (Stellv. Bundesvorsitzende)

GEW), **Cordula Drautz** (Stellv. Bundesvorsitzende Jusos), **Martin Dulig** (MdL, Bildungs- und Jugendpolitischer Sprecher, Sachsen), **Dr. Ludwig Eckinger** (Vorsitzender Verband Bildung und Erziehung), **Ute Erdsiek-Rave** (Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, Schleswig-Holstein), **Prof. Dr. Ingrid Gogolin** (Universität Hamburg), **Claus Haase** (SGK NRW), **Rudolf Helfrich** (Bundesverband der Träger Berufliche Bildung), **Prof. Dr. Klaus Klemm** (Universität Duisburg-Essen), **Nicolette Kressl** (MdB, Stellv. Fraktionsvorsitzende, Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bildung und Forschung), **Ernst Küchler** (Oberbürgermeister Leverkusen), **Willi Lemke** (Senator für Bildung, und Wissenschaft, Bremen), **Prof. Dr. Will Lütgert** (Universität Jena), **Prof. Dr. Hans-Robert Metelmann** (Universität Greifswald, Minister a. D.), **Madeleine-Rita Mittendorf** (Bildungs- und wissenschaftspol. Sprecherin, Sachsen-Anhalt), **Hans-Ulrich Pfaffmann** (MdL, Bildungspolitischer Sprecher, Bayern), **Lothar Quanz** (MdL, Hessen), **Hans-Günter Rolff** (Dortmund), **Prof. Dr. Ernst-Dieter Rossmann** (MdB, Arbeitsgruppe Bildung und Forschung, stellv. Sprecher), **Holger Rupprecht** (Minister für Bildung, Jugend und Sport, Brandenburg), **Ute Schäfer** (MdL, NRW), **Eva-Maria Stange** (Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, Sachsen) **Wilfried Steinert** (ehem. Vorsitzender Bundeselternrat), **Jörg Tauss** (MdB, Sprecher der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung), **Prof. Dr. Wolfgang Tietze** (Freie Universität Berlin), **Martin Timpe** (Juso Hochschulgruppen), **Renate Tölle** (Schulverwaltungsamt Dortmund), **Prof. Dr. Gert Wagner** (Deutsche Institut für Wirtschaft, DIW), **Prof. Dr. Rolf Wernstedt** (Friedrich-Ebert-Stiftung, FES), **Prof. Dr. Margret Wintermantel** (HRK Präsidentin), **Prof. Dr. Jürgen Zöllner** (Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Berlin).